

Deutscher Bericht über die Sitzung der Wirtschafts- und Finanzminister der EG am 23. und 24. Februar 1970 in Paris (Bonn, 26. Februar 1970)

Legende: Am 26. Februar 1970 übergibt Hans Tietmeyer, Beamter im Bundeswirtschaftsministerium und stellvertretendes Mitglied der Werner-Gruppe, dem Staatssekretär im Wirtschaftsministerium der Bundesrepublik Deutschland, Johann-Baptist Schöllhorn, einen Bericht über die Schlussfolgerungen der Sitzung der Wirtschafts- und Finanzminister der Europäischen Gemeinschaften am 23. und 24. Februar 1970 in Paris. Darin erläutert er insbesondere die dort vorgebrachten Äußerungen zu einem Stufenplan für eine Wirtschafts- und Währungsunion.

Quelle: BArch B 102 (Bundesministerium für Wirtschaft) / 93457.

Urheberrecht: (c) B.Arch

URL:

http://www.cvce.eu/obj/deutscher_bericht_uber_die_sitzung_der_wirtschafts_und_finanzenminister_der_eg_am_23_und_24_februar_1970_in_paris_bonn_26_februar_1970-de-20ef1783-659b-48be-bbf0-147b3290cb55.html

Publication date: 19/12/2013

E 1 / I A 1 - 03 00 00

Bonn, den 26. Februar 1970

Hausruf: 3954

5.5

Herrn
Staatssekretär Dr. Rohwedder

über

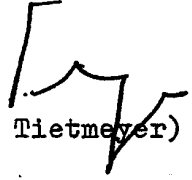
Herrn Abteilungsleiter E
Herrn Unterabteilungsleiter EA

nachrichtlich:Herrn Staatssekretär Dr. Schöllhorn

E
aus den Unterlagen des
Herrn Staatssekretärs

Betr.: Konferenz der Wirtschafts- und Finanzminister der
EWG-Staaten am 23./24. Februar 1970 in Paris;
hier: Stufenplan zur Verwirklichung der Wirtschafts-
und Währungsunion in der EWG

/ Beiliegend übersende ich einen Bericht über das Ergebnis
der Diskussionen auf der o.a. Konferenz zum TO-Punkt
Stufenplan mit der Bitte um Kenntnisnahme.


(Dr. Tietmeyer)

D/

Herren Abteilungsleiter I, VI,
Herren Unterabteilungsleiter I A, I C, VI A, VI B
M, S 1, S 2, S P,
E A 1, E 2, E 3, I A 2, I A 4, I A 5, I A 6, I C 2, I D 3,
VI A 1, VI A 2, VI B 6

E 1/I A 1 - 03 00 00

Bonn, den 25. Februar 1970
Hausruf: 3842V e r m e r k

Betr.: Stufenplan zur Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion;

hier: Ergebnisse der Beratungen auf der Wirtschafts- und Finanzministerkonferenz in Paris am 23./24. 2. 1970

In der o.a. Konferenz, an der neben den Wirtschafts- und Finanzministern (Vorsitz: Giscard d'Estaing) auch die Notenbankgouverneure teilnahmen, wurde am 2. Konferenztag hauptsächlich das Thema Stufenplan behandelt (Beratungsdauer etwa 4 bis 5 Stunden). Von deutscher Seite nahmen an der Konferenz teil: Minister Schiller, Minister Möller und Präsident Klasen.

Einleitend berichtet Minister Baron Snoy et d'Oppuers (Belgien) über das vom belgischen Finanzministerium ausgearbeitete und den Teilnehmern übersandte Papier. Der Bericht stützte sich im wesentlichen auf die Ausarbeitung vom 27. Januar 1970 (Dreistufenplan für die Verwirklichung der europäischen Währungsolidarität 1971 - 1977). Baron Snoy betonte anschließend, daß die belgischen Vorschläge durchaus elastisch und im Laufe der weiteren Beratungen modifizierbar seien. Entscheidend sei lediglich das Ziel der Vollendung der Währungsunion.

Minister Schiller trug sodann die deutschen Vorschläge vor und wies dabei auch auf einige Unterschiede zum belgischen Plan hin. Als grundlegende Prinzipien des deutschen Planes stellte er heraus:

- a) Zunächst müßte stärkere Harmonisierung der Kosten-Preis-Verhältnisse in den Mitgliedstaaten durch Angleichung der wirtschaftspolitischen Ziele und der praktischen Wirtschaftspolitik erreicht werden. Erst dann dürften die mone-

- 2 -

- 2 -

tären Mechanismen wie Bandbreitenverengung und Einschränkung von Paritätsänderungsmöglichkeiten in Gang gesetzt werden. Das gelte auch für mittelfristigen Beistandsmechanismus, der nach deutschen Vorstellungen erst in der zweiten Stufe in Kraft gesetzt werden sollte.

- b) Nach den deutschen Vorstellungen solle keine starre zeitliche Fixierung vorgenommen werden. Entscheidend sei, daß der Schritt in die nächste Stufe erst dann vollzogen wird, wenn die essentiellen Bestandteile der vorherigen Stufe erfüllt seien. Dieses pragmatische Prinzip sichere auch die notwendige Flexibilität für die Beitrittsverhandlungen.

Danach trug Minister Schiller den deutschen 4-Stufenplan im einzelnen vor. Er benannte die Stufen folgendermaßen:

Stufe 1: Phase der Konvergenzen der Ziele und Instrumente

Stufe 2: Phase der Bewährung auf der Basis der vereinbarten Konvergenz

Stufe 3: Phase der Transformation oder Phase der fortschreitenden kommunitären Institutionalisierung

Stufe 4: Phase der Vollendung.

Minister Colombo (der nach seinen Ausführungen die Konferenz aus dringenden terminlichen Gründen verlassen mußte) verlangte, daß in der Wirtschafts- und Währungspolitik allmählich das Konzept der Vereinheitlichung an die Stelle des Konzeptes der Koordinierung treten müsse. Dafür müßten die notwendigen politischen Entscheidungen getroffen und die institutionellen Voraussetzungen geschaffen werden. Es müßte eine schrittweise Harmonisierung der Strukturen, des Steuerwesens etc., ja sogar der Lohnverhandlungen erreicht werden. Es müsse jedoch angesichts der Problematik der bisherigen Praxis der Auf- und Abwertungen ernsthaft geprüft werden, ob nicht in der Phase bis zum Endstadium der Beratung auch innerhalb des gemeinsamen Marktes ein System größerer Flexibilität der Wechselkurse (d.h. also eine Art crawling-peg) geschaffen

- 3 -

- 3 -

werden könne. Die Voraussetzungen für eine Verringerung der Bandbreiten innerhalb der Gemeinschaft seien seiner Meinung nach noch nicht gegeben. Er halte jedoch die Überführung des kurzfristigen monetären Beistandsmechanismus in einen europäischen Währungsfonds für sehr nützlich. Bei diesen währungspolitischen Vorschlägen knüpfte Colombo offensichtlich an die bereits früher publizierten Vorstellungen von Präsident Carli an.

Ministerpräsident Werner trug sein Memorandum vor, das eine Entwicklung zur Währungsunion in 7 Stufen vorsieht. Den Vorschlag von Colombo für eine flexiblere Regelung der Wechselkurse in der EWG während der Übergangszeit bis zur Währungsunion lehnte er ab. Stattdessen hob er die Bedeutung eines Reservefonds hervor, in den auch die Sonderziehungsrechte eingebracht werden könnten.

Minister Witteveen unterstrich den politischen Charakter des Weges zu einer Währungsunion (Einbau von Mehrheitsentscheidungen, Rolle des Europäischen Parlaments) und riet zur Vorsicht. Er unterstützte sehr den deutschen Vorschlag, den er für besonders realistisch halte. Hinsichtlich der Konvergenz der Wirtschaftspolitik unterstrich er die Bedeutung einer Koordinierung der regionalen und sektoralen Strukturpolitik, einer notwendigen Liberalisierung des Kapitalmarktes sowie einer engen Abstimmung der Geld- und Zinspolitik. Minister Giscard d'Estaing betonte einleitend die notwendige Parallelität wirtschaftspolitischer und währungspolitischer Zusammenarbeit. Das Ergebnis der Zusammenarbeit müsse eine gemeinsame Währungszone sein. In seinen folgenden Ausführungen ging er jedoch ausschließlich auf die währungspolitischen Probleme ein. Dabei stellte er heraus:

- a) Es sollte bald geprüft werden, ob die Sonderziehungsrechte nicht in das mittelfristige Beistandssystem eingebaut werden könnten.
- b) Hinsichtlich der Bandbreiten könne bei einer eventuellen weltweiten Bandbreitenerweiterung zunächst eine Beibehaltung der gegenwärtigen Bandbreite innerhalb der Gemeinschaft vorgesehen werden. Daran anschließend

- 4 -

könnte je nach Fortschritt der Konvergenz in der Wirtschaftspolitik eine Verringerung der Bandbreiten in der Gemeinschaft angestrebt werden.

- c) Parallel mit der Bandbreitenverringering müsse eine stufenweise Liberalisierung des Kapitalmarktes erreicht werden. Am Schluß könne dann die Verschmelzung der Währungen stehen.

Nach der Mittagspause berichtete Vizepräsident Barre über die Vorstellungen der Kommission. Er ging von 3 Stufen aus. In der 1. Stufe (1970 bis 1971) sollte die eingeleitete Koordinierung der Wirtschafts- und Währungspolitik in die Praxis umgesetzt und eine gemeinsame Haltung der Mitgliedstaaten in den internationalen Währungsgremien zu den anstehenden Fragen erreicht werden. In der 2. Stufe (1972 - 1975/76) müßten weitere Fortschritte bei der Koordinierung der Wirtschaftspolitik, der Währungspolitik und der Kapitalmarktpolitik erreicht werden. Außerdem sollte in dieser Zeit schon eine Einengung der Bandbreiten vorgesehen werden. Paritätsänderungen sollten von der Zustimmung der anderen Partner abhängig gemacht werden. In der 3. Stufe solle dann die Währungsunion vollendet werden. Dabei müßten absolut feste Wechselkurse und eine volle Poolung der Währungsreserven erreicht werden. Den Vorschlag von Minister Colombo betreffend größere Flexibilität der Kurse in der Übergangszeit lehnte Barre nachdrücklich ab. Er kündigte an, daß die Kommission in den nächsten Tagen dem Rat eine Aufzeichnung zu dem gesamten Thema Stufenplan vorlegen werde.

In der anschließenden Aussprache unterstrich Minister Schiller noch einmal die Bedeutung der zunächst notwendigen Harmonisierung der Preis-Kosten-Verhältnisse in den Ländern. Eine vorzeitige Festlegung monetärer Bindungen berge die Gefahr der Überstrapazierung in sich. Außerdem solle der Stufenplan nicht mit zu weitgehenden Vorstellungen für die Steuerharmonisierung belastet werden. Der Vorschlag von Werner und Barre für eine baldige Formulierung einer Rechnungseinheit müsse auch im Lichte der agrarpolitischen Erfahrungen gesehen werden.

- 5 -

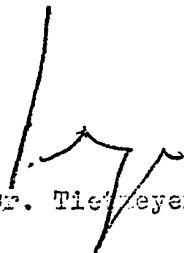
Minister Witteveen unterstützte erneut die Ausführungen von Minister Schiller und kritisierte gleichzeitig die Vorstellungen der Kommission und der französischen Seite insbesondere hinsichtlich der Übertragung von Sonderziehungsrechten in einen Reservefonds. Er bezeichnete derartige Hinweise als "unglückliche Anregungen". Auch mit der Realisierung des mittelfristigen Beistandssystems sollte man vorerst noch abwarten. Minister Giscard d'Estaing betonte, daß offensichtlich Einmütigkeit über das Ziel, nicht aber über den genauen Weg dorthin bestehe. Nach seiner Meinung seien die Vorstellungen der Kommission eher zu vorsichtig als zu kühn. Er halte es für nützlich, möglichst schon in der 2. Stufe monetäre Identität zu erreichen.

Hinsichtlich des Verfahrens hatte Minister Schiller vorgeschlagen, entweder eine Ratsgruppe zu bilden oder aber eine ad hoc-Arbeitsgruppe einzusetzen, die sich aus den Präsidenten der 5 Ausschüsse zusammensetzen sollte. Man einigte sich darauf, dem Ministerrat inoffiziell zu empfehlen, schon möglichst auf der Ratstagung am 5./6. März 1970 die ad hoc-Arbeitsgruppe einzusetzen und sie zu beauftragen, bis zur nächsten Konjunkturratssitzung im Juni 1970 einen Bericht zu erstellen. Dieser ad hoc-Arbeitsgruppe sollen angehören die Präsidenten des Währungsausschusses, des Konjunkturausschusses, des Ausschusses für mittelfristige Wirtschaftspolitik, des Ausschusses für Haushaltspolitik und des Ausschusses der Notenbankgouverneure. Außerdem sollen die Kommission und Luxemburg je einen Vertreter in diese Arbeitsgruppe entsenden. Baron Snoy übernahm es, den Ratspräsidenten über diese Anregung zu informieren und alles weitere einzuleiten.

Zusammenfassende Beurteilung

Die Aussprache hat gezeigt, daß alle Mitgliedstaaten in der endgültigen Zielsetzung weitgehend einig sind. Gewisse Meinungsverschiedenheiten bestehen dagegen noch hinsichtlich der Reihenfolge der zu treffenden Maßnahmen und auch hinsichtlich der Frage, ob ein Terminkalender fixiert werden soll oder nicht. Die deutschen Vorstellungen werden vollinhaltlich von

den Niederländern geteilt. Die belgischen und luxemburgischen Vorstellungen sind gegenwärtig noch am weitesten von den deutschen entfernt. Die französische Position und auch die italienische Position schienen demgegenüber etwas elastischer zu sein. Die Kommission selbst hat sich wohl noch nicht eindeutig entschieden; sie scheint aber in Richtung der belgischen Auffassung zu tendieren. Insgesamt war es sicherlich nützlich, von deutscher Seite mit einem eigenen Stufenplan hervorzutreten und auf diese Weise Einfluß auf die Grundrichtung des endgültig auszuarbeitenden Stufenplanes zu nehmen.



(Dr. Tiefmeyer)